

Ercheint an allen Werktagen. Bezugspreis für Monat Dezember 2. in der Verlagsstelle 250. in den Ausgabestellen 260. durch Zeitungsboten 300. am Postamt 275. ins Ausland 20 deutsche Mark.

Posener Tageblatt (Posener Warte)

Anzeigenpreis f. b. Grundstücke im Anzeigeninnerhalb Polens 40. M. Reklameteil 120. M. Für Anträge aus Deutschland 3.50 M. in Reklameteil 10. M. in deutscher Mark.

Hauptredaktion: 4246, 2278, 3110, 3249.

Postfachkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Telegraphenadresse: Tageblatt Poznań.

Czekowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 200285 in Poznań.

Bei höherer Gewalt, Betriebsstörung, Arbeitsniederlegung oder Aussperrung hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Bedrohung der Pressefreiheit.

In der Sitzung vom 15. November wurde der Gesetzentwurf über die Bekämpfung staatsfeindlicher Bestrebungen in erster Lesung angenommen. Vorher wies ein Abgeordneter auf den Widerspruch hin zwischen der Verfassung und diesem Gesetzentwurf...

Neue Warnungen sind nötig, bevor der Entwurf endgültig Gesetz geworden ist. Will man staatsfeindliche Bestrebungen bekämpfen — und ohne Zweifel müssen wirklich staatsfeindliche Bestrebungen bekämpft werden — dann wende man dazu die vorhandenen Gesetze an und lasse die Gerichte sprechen. Oder hat der Staat zu der Wirkung dieser Mittel kein Vertrauen?

Der Gesetzentwurf, der jetzt vorliegt, ist als Gesetz unbrauchbar, weil er der Willkür Tür und Tor öffnet. Was heißt „staatsfeindlich“? Gegen wen richtet sich das Gesetz? Darauf wird man eine völlig klare Antwort in dem Entwurf vergebens suchen. Also werden die Merkmale der Staatsfeindlichkeit jedesmal erst festgestellt werden müssen, und was das heißt weiß jeder, der die Gefahr solcher Ausnahme Gesetze aus früheren Zeiten her kennt.

Die Verächtlichkeit des Innenministers Downarowicz, er würde dafür sorgen, daß das Gesetz nur im dringenden Notfall angewendet werden würde, hilft über die starken Bedenken nicht hinweg, die der Entwurf in jedem versuchten muß, der die Kritik und die offene Meinung auch im Staatsleben für nötig hält.

Wird dieser Entwurf Gesetz, — dann ade Gedankenfreiheit, offene Meinungen, Pressefreiheit! Dieser Entwurf darf nicht Gesetz werden!

Die Abrüstung.

Vertagung der Konferenz.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington wird die Konferenz in der ersten Hälfte des Dezembers vertagt werden. In der Zwischenzeit sollen aber die Ausschüsse ihre Arbeiten so tiegen. Der Londoner „Observer“ sagt: Die Konferenz müsse so schnell wie möglich vertagt werden, um im Frühjahr einer anderen Konferenz Platz zu machen, die sich nicht auf Seerüstungen und den Fernen Osten beschränken, sondern auch die europäische Frage und die Landheere behandeln solle.

Deutschland und die Abrüstungskonferenz.

Washington 29. November. Der deutsche Geschäftsträger Hermann hat der amerikanischen Regierung mitgeteilt daß Deutschland bereit sei eine Delegation nach Washington zu schicken, die bevollmächtigt sein soll, die von Briand gewünschten Garantien für Deutschlands friedfertige Absichten zu geben. Gleichzeitig hat Therman mitgeteilt daß Deutschland eine Behandlung der Frage der Reparationen für dringend und wichtig ansehe denn eine Durchführung der jetzigen Jahrsangepläne würde nur dazu führen, daß in Wirklichkeit niemand etwas erhält.

Nach einem Telegramm des „Main“ aus Washington hat das Weiße Haus klar zu verstehen gegeben, daß Deutschland, Rußland und wahrscheinlich auch noch andere Nationen eingeladen werden sollen, an der Konferenz teilzunehmen, bevor diese sich vertagt. Das Weiße Haus erklärt

weiter, daß die auf der Konferenz vertretenen Mächte der Ansicht sind, es sei wünschenswert, daß Deutschland und Rußland die von der Kommission gefassten Beschlüsse gleichfalls ratifizieren.

Von Anfang an verlaute, daß Deutschland noch nach zur Teilnahme an der Washingtoner Abrüstungskonferenz aufgefordert werden sollte. An sich läge natürlich kein vernünftiger Grund vor, weshalb das mit Amerika und der Entente in Frieden lebende Deutschland nicht ebenfalls in einer Frage gehört werden sollte, die nicht nur politische, sondern auch wirtschaftliche Auswirkungen haben muß und in der die Stellungnahme Deutschlands — ebenso wie Rußlands — trotz der bereits verwirklichten Abrüstung von Bedeutung sein würde.

Der Anlaß zu der oben angeführten Erklärung des Weissen Hauses scheint der Wunsch gewesen zu sein, auf diese Weise Briand auf seine Rede eine Antwort zu geben die man ihm an Konventionen nicht mit der gleichen Wirkung hätte geben können. Die Entschleunigung ist ein geschickter Schachzug. Wenn Deutschland und Rußland die Beschlüsse von Washington ratifizieren würden, wäre Frankreich der Vorwand, daß es wegen der Gefährlichkeit und Unsicherheit dieser beiden Länder nicht abzurufen könne, genommen. Sie würden damit sozusagen wieder in die Gemeinschaft der „Kulturvölker“ aufgenommen werden und Frankreich müßte die entstehende neue Lage wohl oder übel anerkennen.

Wenn Frankreich dann nach neuen Vorwänden suchen würde, wäre wohl kein Mensch mehr sich der Tatsache verschließen können, daß es weiter nichts anstrebt als die Hegemonie in Europa zu erhalten die ihm eine verfehlte Politik der Alliierten verschafft hat. Den Nimbus des „Friedenswahrers“ in Europa mit dem es sich bisher zu umgeben versucht hat, müßte es dann wohl fallen lassen und unter allen Umständen mit der Gefahr rechnen völlig isoliert darzustehen.

Eine andere Frage ist es, wie die Einladung von Rußland und Deutschland angenommen werden würde. Trotz und Lichtscheit haben es sich nicht nehmen lassen zu betonen daß Rußland die Abrüstungsfrage ziemlich egal sei, daß die Sowjetregierung aber die etwigen Beschlüsse der Washingtoner Konferenz über den Fernen Osten nicht ratifizieren würde, einerlei, wie sie lauten mögen. Ja, es ist nach Irkutsk sogar eine „Gegenkonferenz“ einberufen worden, um das chinesische Problem in bolschewistischem Sinne zu lösen. Trotzdem ist es nicht ausgeschlossen — für die Sowjetregierung ist in dieser Beziehung nichts unmöglich —, daß die Moskauer Kommissare mit Freude die Einladung annehmen. Zu „ratifizieren“ brauchen sie ja schließlich nichts, sie gewinnen aber die unüßbare Gelegenheit sich als „gleichberechtigt“ mit anderen Regierungen auszuspielen und daneben ihre Propagandaarbeit auszuweiten. Weshalb also nicht?

Deutschland ist in einer wesentlich anderen Lage, aber in einem Punkt besteht doch eine Ähnlichkeit mit der Situation Augustus: Auch die deutsche Regierung muß Wert darauf legen, wieder um Rate der Völker gehört zu werden. Und ist es ein Anfang gemacht selbst in einem Augenblick wo sich in der zur Debatte stehenden Frage wenig oder nichts erreichen läßt, so läßt sich doch auf dem erreichten Boden weiterbauen. Eine etwa ergebende Einladung nach Washington wird daher trotz der zahlreichen dagegen bestehenden Bedenken seitens der deutschen Regierung ernstlich erwogen werden müssen.

Sardings Drohung mit alljährlichen Konferenzen in Washington.

Der Sonderberichterstatter der „Daily Mail“ glaubt zu der Erklärung ermächtigt worden zu sein, daß Präsident Harding bestimmt erwarte, daß die gegenwärtige Konferenz nicht die letzte ihrer Art sein wird, sondern daß jedes Jahr eine solche Konferenz stattfinden wird, um die Weltfragen zu erörtern. Mit anderen Worten: Präsident Harding glaubt daß ein neuer Völkerbund aus der gegenwärtigen Washingtoner Konferenz entstehen wird, ein Völkerbund, der sich in der Gestalt von jährlich zu wiederholenden Konferenzen darstellt.

„Daily Chronicle“ hat aus Washington ein Telegramm erhalten, daß der Gedanke einer im nächsten Jahre in Paris oder London abzuhaltenden Finanzkonferenz jeden Tag mehr an Wahrscheinlichkeit zunehme. Deutschland würde ebenfalls zu dieser Konferenz eingeladen werden falls es seine Entschädigungsverpflichtungen bis zu dieser Zeit durchführt.

Aus Oberschlesien.

Wenthen oder Kattowitz als Verhandlungsort.

Berlin 28. November. Der Korrespondent des „Berliner Tageblattes“ berichtet aus Gf, daß die dort abtastende Konferenz die telegraphische Benachrichtigung des Vorkonferenzen erhalten habe, nach der die Beratungen in Oberschlesien in Wenthen oder in Kattowitz stattfinden sollen. Von den durch Calonder eingeladenen Sachverständigen lehnte der Schweizer Sachverständige Herold seine Teilnahme ab. Aus seinen Worten wird der Eindruck hervorgeht, daß er seinen Vorschlag als sicher gilt.

In den nächsten Tagen wird die polnische Delegation, die mit den Deutschen in der oberschlesischen Angelegenheit verhandelt hat, nach Warschau zurückkehren. Diese Kommission wird sich nach einem Verweilen von etlichen Tagen in Warschau nach Kattowitz begeben. Die weiteren Beratungen werden dort am 12. Dezember beginnen.

Polnisch-ukrainische Reibereien.

Schroffe Note der Warschauer Regierung.

Der Gesandte der Sowjetunion hat an Polen erneut eine Note gerichtet, in der die früheren Vorwürfe über eine Förderung der ukrainischen Aufstandsbewegung durch Polen wiederholt werden und die Entwaffnung und Auflösung der Petljurabanden sowie der Organisationen Petljuras auf polnischem Territorium gefordert wird. Gleichzeitig wird auch die Auflösung der polnischen Internierungslager für die übergetretenen Truppen Petljuras, die Mittelpunkt seiner Organisation darstellen, verlangt und schließlich auch auf der Befreiung der polnischen Beamten bestanden, die in irgendeiner Form die Aufstandsbewegung unterstützt hätten.

Die von der polnischen Regierung darauf erteilte Antwort hebt die lokale Erfüllung des Rigaer Friedensvertrages durch Polen im Gegensatz zu dem Verhalten der Ukraine hervor, nennt die ukrainischen Angaben phantastisch und erklärt schärfend, daß die Polemik über Fragen, die mit dem ukrainischen Aufstand zusammenhängen, polnisiert als beendet angesehen werde und daß die polnische Regierung es daher ablehne, nochmals auf diesen Punkt einzugehen.

Ein deutscher Appell an den Völkerbund.

Nachdem alle bisherigen Mittel, die polnische Regierung zu einer Abkehr von ihrer bisherigen Politik gegenüber der deutschen Minderheit in Polen zu veranlassen, fehlschlagen, hat die Landesvereinigung des Deutschthumsbundes durch ihren Hauptgeschäftsführer den Warschauer Vertreter des Völkerbundsrates folgende Eingabe überreichen lassen:

An den Hohen Völkerbundsrat Genf.

Dringende Bitte der Deutschen in Polen um schnelle Sicherstellung der ihnen in Friedensverträge von Versailles und im Minderheitenschutzverträge gewährleisteten Rechte.

In äußerster Not richten die deutschstämmigen Bürger Polens, unter ihnen insbesondere die innerhalb des ehemaligen preussischen Teilgebietes an den hohen Völkerbundsrat die dringende und flehentliche Bitte, die völlige Vernichtung ihres wirtschaftlichen und kulturellen Lebens abzuwenden.

Die Innenpolitik des polnischen Staates ist seit seinem Bestehen, und zwar ganz besonders innerhalb des ehemaligen preussischen Teilgebietes auf die rücksichtslose Entrechtung und Verdrängung des deutschen Elementes eingestellt. Wir dürfen davon absehen alle die unzähligen Maßnahmen und kleinen Mittelchen anzuführen die dem Ziele der Entdeutschung des Landes dienlich gemacht worden sind. Wir weisen nur hin auf die Massenentlassungen der deutschen Beamten und Lehrer, der ohne Rücksicht auf die bestehenden Anstellungs- und Dienstverträge die Entfernung der deutschstämmigen Angestellten und Arbeiter aus den staatlichen und kommunalen Betrieben folgte. Eine Regierung, die selbst mit solchem Beispiel voranging, konnte selbstverständlich die Energie und den guten Willen nicht aufbringen, die massenhaften Entlassungen deutscher Arbeiter und Angestellter aus Privatbetrieben zu verhindern. Es steht fest, daß polnische Staatsfunktionäre den im Sommer dieses Jahres veranlasseten Deutschen- und Judenhegen tatlos zugehört haben, daß sie den wüsten Intonationen auf Entfernung aller Deutschen, wie sie in Presse und Versammlungen getrieben wurden, nichts entgegensetzten, sondern durch ihre Verhalten zu billigen schienen. Die Existenz der deutschen Gewerbetreibenden wurde durch Nichtbelieferung mit Roh- und Brennstoffen, durch Beschlagnahme der Warenlager und durch unerhörte Schikanen jeglicher Art vernichtet. Aktienunternehmungen, Genossenschaften und Gesellschaften deutschstämmiger Bürger, wurden rechtswidrig unter Zwangsaufsicht und Zwangsverwaltung gestellt und auf diese Weise zur Preisgabe ihrer Unternehmungen veranlaßt. Wo dieser Druck nicht ausreichte, wurden behördlich in die deutsche Organisationen polnische Mitglieder hineinkommandiert, und auf diese Weise wurden Millionenwerte die sich Deutsche in Jahrzehnten erarbeitet hatten ohne jede Abgeltung den Polen in die Hände gespielt. Die letzten Monate brachten zwan-igfache Enternung der deutschstämmigen Bäcker und ihrer Angestellten von den Staatsdomänen und jetzt folgt unmittelbar darauf mit beginnenden Winter die Vertreibung von vielen Tausenden häuslicher Besitzer aus ihren Wirtschaften, die sie aus der Hand des Staates empfangen hatten. Daß auch das Unrechtgesetz ganz darauf zugeschnitten ist gerade den Deutschen ihren Grundbesitz zu nehmen, läßt sich kaum in Abrede stellen, ist doch durch Ministerratsbeschlüsse vorgegeben, daß in den Kreisen mit überwiegend polnischen Großgrundbesitz die Verkleinerung der Güter nur bis auf 400 ha erfolgen darf, während in den Kreisen, in denen der deutsche Besitz noch stark vertreten ist die Güter bis auf 180 ha verkleinert werden dürfen.

So ist es gekommen, daß den Auswandererzügen heute ebenso wie vor zwei Jahren noch immer Scharen von Flüchtlingen zuströmen, die zur Aufgabe ihrer Heimat gezwungen worden sind. Ihre Zahl ist inzwischen auf über 1/2 Million angewachsen. Die meisten von ihnen sind durch die Maßnahmen der polnischen Regierung um den Hauptteil ihres Vermögens gebracht unendlich viele, die hier den wohlhabendsten Bevölkerungsschichten angehörten, sind zu Bettlern geworden.

Alle die brutalen Akte der Willkür und Gewalt einzeln aufzuzählen und dokumentarisch zu belegen, ist nicht der Zweck dieses Gesuches. Zur Verbringung dieses Materials bitten wir uns bald geneigt zu persönlichem Vortrag zuzulassen.

Worum wir den Hohen Völkerbundsrat mit aller Dringlichkeit bitten, ist, Stellung zu nehmen einerseits zu den offensbaren Verletzungen, die die polnische Regierung gegenüber den in Friedensverträge und Minderheitenschutzverträge den Minderheiten gewährleisteten Rechten begeht und andererseits eine authentische Auslegung verschiedener Bestimmungen der genannten Verträge herbeizuführen, die seitens der polnischen Regierung in einer dem Wortlaut und Geiste der Verträge widersprechenden Auslegung zur Rechtfertigung eines Teiles ihrer minderheitsfeindlichen Maßnahmen herangezogen werden.

A. Wir müssen gegen die polnische Regierung Klage führen wegen unmittelbarer Verletzung der uns durch die internationalen Verträge zugesicherten Rechte.

1. Der Minderheitenschutzvertrag sichert uns in Art. 7 völlige Gleichheit vor dem Gesetz mit den übrigen polnischen Staatsbürgern sowohl hinsichtlich der Gleichheit der bürgerlichen wie der politischen Rechte zu.

Es bedeutet einen schweren Verstoß gegen diese Bestimmung, daß die Wahlordnungen von den Kandidaten, die in den kommunalen Körperlichkeiten (Kreisräte, Stadtratsordnungenversammlungen usw.) gewählt werden sollen, die Beherrschung der polnischen Sprache in Wort und Schrift verlangt. Von den deutschen Kandidaten wird die Ablegung einer Prüfung vor den Wahlkommissionen verlangt. Eine unwürdige Entwürdigung der deutschstämmigen Bevölkerung. Für die Älteren unter uns, die gerade das Vertrauen der Stammesgenossen besitzen, und die Tag um Tag voll auf durch ihre Erwerbsfähigkeit in Anspruch genommen sind, war es eine völlige Unmöglichkeit, in den zwei Jahren seit Bestehen des polnischen Staates die polnische Sprache zu erlernen vollends in Kreisen, in denen die deutsche Bevölkerung die Mehrheit oder eine starke Minderheit bildet.

Nicht minder bedeutet es eine Durchbrechung des Grundgesetzes der Gleichheit, wenn seitens der Regierungsbehörden den ehemaligen deutschen Schützengilden unter ministerieller Billigung eine neue Satzung angewungen wird, die ihnen die Aufnahme nichtchristlicher Mitglieder verbietet.

2. Art. 8 des Minderheitenschutzvertrages bringt zum Ausdruck, daß die Angehörigen der Minderheiten die gleiche Behandlung und

die gleichen rechtlichen und tatsächlichen Garantien wie die anderen politischen Staatsangehörigen genießen.

In schärfstem Widerspruch zu dieser Bestimmung steht es, wenn die polnische Regierung Ausnahmestimmungen wie das Gesetz vom 14. Juli 1920 lediglich gegen die deutschstämmigen Anwesenden und Domänenpächter anwendet, um die Entschädigung schneller herbeizuführen.

Die polnische Verfassung sichert in Art. 99 allen Staatsangehörigen die Freiheit ihres Eigentums zu und bestimmt, daß Enteignung nur gegen volle Entschädigung statthaft ist.

Die Art. 8 und 9 des Minderheitenschutzvertrages verbürgen uns die Freiheit unserer kulturellen Betätigung und sollen uns die Erziehung unserer Kinder in der deutschen Muttersprache erleichtern.

Obwohl der Friedensvertrag — doch wohl bewußter und gewolltermaßen — nicht die Liquidation von Korporationsvermögen vorsteht, nimmt die polnische Regierung den uralten deutsch-evangelischen Schulgemeinden ohne Rücksicht auf ihr grundbuchmäßiges Eigentum die Schulgründe und Schulgebäude fort, nicht etwa nur, um sie der polnisch-katholischen Schulverwaltung dienstbar zu machen, sondern vielmehr, um sie an irgendwelche dorffremden Einzelpersonen zu vermieten.

Art. 8 des Minderheitenschutzvertrages gewährt den religiösen Minderheiten das Recht der Gründung, Leitung und Beaufsichtigung religiöser und sozialer Einrichtungen, freien Gebrauch der Muttersprache und freie Religionsbetätigung.

Kenworthy über die Weltlage.

Am Dienstag wurde ein Vertreter der Telegraphen-Union von Kenworthy empfangen. Kenworthy, der, wie schon gemeldet, in Berlin eingetroffen ist, ist hauptsächlich durch seine eindeutige Stellungnahme gegen den Versailler Vertrag bekannt geworden.

früher veröffentlichten Pläne eines großen Weltgüterausstausches, dem naturnotwendig ein gesunder Valutaausgleich folgen müsse. Die reichen Naturprodukte der englischen Kolonien und Dominien könnten in Deutschland, Polen und Rußland und anderen valutatragenden Ländern Abnehmer finden, während diese Wirtschaftsgebiete wieder jene Länder mit ihren technischen Erzeugnissen versorgen müßten.

Polen und die Baltischen Staaten.

Im „Ruzjer Barzawski“ behandelt Herr Koslowski die Stellung Polens zu den Baltischen Staaten. Er schreibt über das Problem folgendes: Die gegenwärtige ostentativ unwillige Haltung der Baltischen Staaten gegenüber ist das Ergebnis der Diplomatenkunst unseres Vorkriegsregimes in Riga, Herrn Kamieniecki, der übrigens von seinen Kollegen in Reval und Helsingfors, den Herrn Wasilewski und Sokolnicki darin unterstützt worden ist.

Trotz allem müssen Zweifel gehegt werden, ob das künftige Rußland mit voller Ruhe die vollständige Unabhängigkeit der Baltischen Staaten dulden wird. Diese Zweifel hegt auch ganz deutlich die amerikanische Regierung, da sie bisher weder Lettland noch Estland, noch viel weniger aber Litauen anerkannt hat.

Kann sich wohl irgend jemand vorstellen, daß in dem entscheidenden Augenblick Polen für die Baltischen Staaten nicht nur seinen politischen Einfluß in die Schale werfen, sondern auch mit Waffengewalt seine Anschauungen verteidigen wird?

Darum hat nun auch unsere unglücklichen Residenten-Politiker dem Staat wider Willen einen großen Dienst erwiesen, als sie den unseligen Wünschen aus Warschau keinen Ausdruck gegeben haben.

Lettlands Standpunkt.

Der lettische Ministerpräsident Meyerowicz hat auf der Generalversammlung des Bauernbundes eine Rede gehalten, in der er die Frage der Abhängigkeit Lettlands berührt. Er führte hierbei nach einer Mitteilung des „Latwija Wēstnesis“ folgendes aus: Unsere Beziehungen zu Polen sind nicht derart, wie sie sein müssen.

eigentlich mit Polen gar keine Grenzfrage haben. Ferner verlangt Polen die Aufhebung unserer ganzen Agrarreform in Lettland. Diese zwei Fragen sind die Ursachen dessen, daß zwischen unseren beiden Staaten die gewünschten freundschaftlichen Beziehungen fehlen.

Die Enthüllungen des „Vorwärts“.

Der März-Putsch der Kommunisten.

Der mehrheitssozialistische „Vorwärts“ legt heute seine Veröffentlichungen aus den kommunistischen Geheimberichten über den März-Aufstand vor. Von der Berliner Zentrale aus war im März die Parole ausgegeben, die Sicherheitspolizei müsse so gereizt werden, daß von ihr die ersten Schüsse abgegeben würden, damit die Arbeiterbewegung in Erhebung geriete.

Besonders bemerkenswert sind Berichte von zwei bekannten mitteldeutschen Kommunisten über den März-Putsch in Halle. Aus ihnen geht hervor, daß ihnen Aufträge, wie sie der „Vorwärts“ im einzelnen mitteilte, von den kommunistischen Oberführern gegeben worden sind. Insbesondere ergab sich aus einem Bericht Schmidts die Wichtigkeit der Angaben des „Vorwärts“ über die geplanten Sprengungen.

Sehr zu beachten ist, daß die Kommunisten den Zeitpunkt für ihren mitteldeutschen Aufstand mit Rücksicht auf die Abkündigung in Ober-Sachsen gewählt hätten. Sie glaubten nämlich, daß bei dieser Gelegenheit blutige Zusammenstöße zwischen polnischen und deutschen Gruppen in Obersachsen erfolgen und daß deshalb die deutsche Reichswehr so in Anspruch genommen sein würde, daß sie nicht imstande wäre, den Aufständen in Mitteldeutschland mit genügenden Kräften zu begegnen.

Der „Vorwärts“ teilt weiter mit, daß auf Grund des von ihm veröffentlichten Materials Strafverfahren eingeleitet worden sind.

Weitere Ausschreitungen gegen französische Konsulate in Italien.

Rom, 29. November. Die italienischen Ausschreitungen gegen die französischen Konsulate haben sich gestern wiederholt und zwar in Genua, Venedig und Triest, wo Studenten und Nationalisten nur von der bewaffneten Macht an Angriffen gehindert werden konnten. Der französische Botschafter in Rom hat beim italienischen Außenminister einen Protest gegen die französischen eintönigen Kundgebungen eingelegt.

Der italienische Botschafter in Paris drückt gestern sein Bedauern wegen der Zwischenfälle in Neapel und Turin aus.

Blutige Unruhen in Rom.

Aus Rom werden anlässlich der Eröffnung des Parlaments blutige Unruhen gemeldet. Es fanden Demonstrationen der Kriegsveteranen statt, die das Parlament zu säubern versuchten. Bei dem blutigen blutigen abgewiesenen Angriff wurde auch der sozialistische Abg. Galimow schwer verletzt. Die Gesamtzahl der Verwundeten ist sehr groß.

Sowjetrußland.

Eine furchtbare Statistik.

Wie die weltbeglückende Theorie des Bolschewismus in der Praxis aussieht davon ein Beispiel. Das russische Blatt „Worobdenije“ (Erneuerung) veröffentlicht eine Statistik aller von den Bolschewisten ermordeten und zu Tode gemarterten Personen. Das Blatt will sie aus Geheimquellen haben, die leider nicht genannt sind.

Danach hätten im Leben ein: Erzbischöfe und Bischöfe 28, Priester 1216, Professoren und Lehrer 657, Doktoren und Assistenten 890, Offiziere 54650, Gendarmen und Polizeioffiziere 10500, Soldaten 260000, Gendarmen und Politiker 4850, Kurierbesitzer 12950, getötete Arbeiter 855250, Handwerker 192850, Bauern 815100.

Erste Zahlungsrate an Polen.

Warschau, 29. November. Die Rückwanderungskommission kehrte am Montag unter dem Vorsitz des Herrn Antoni Dymowski, des Richters Smogorzewski und des Ingenieurs Tychakowski nach Warschau zurück und brachte den ersten Transport der Kleinnoten und des Goldes mit, der den ersten Teil der Summe darstellt, die Sowjetrußland für das gelieferte Eisenbahnmaterial zu zahlen hat.

Das Geheimnis vom Brintnerhof.

Roman von Erich Ebenstein.

(Urheberrecht 1918 durch Greiner & Comp., Berlin W. 30.)

I. (Nachdruck unterfragt.)

Nicht möglich! Wegen ein paar Kübel Kohlen fängt Deine Schwiegertochter Streit an, Brintner?

„Wie ich Dir sage, Sonnenwirtin! Kohlen wären nicht ausbedungen im Kontrakt, den ich seinerzeit, als ich Haus und Hof dem Andreas übergab, aufsetzen ließ. Als ob ich das nicht selbst wüßte! Als ob ich mir nicht jeden Herbst zwei Fuhrn hätte einlassen lassen! Aber wenn es im April noch kalt ist wie im Januar und mein Vorrat zu Ende ist, werde ich mir bei dem eigenen Sohn doch ein paar Kübel ausborgen dürfen? Hab's der Magd ohnehin gesagt: Im Herbst gebe ich sie zurück! Aber nein. Bar zahlen hätte ich sie der Frau Schwiegertochter sollen! Und Andres — wie immer — ist gleich auf Justinas Seite. Wie sie sagt: „Ja, wer weiß denn, ob der Herr Vater im Herbst noch lebt?“ nicht er gleich: „Freilich, freilich, wer kann das wissen?“ Ja liebe Berta, so springen Sie mit mir um dasheim und wundern sich dann noch, wenn ich zu Dir gehe, um mich ein wenig auszureden und zu erholen!“

„So? Das ärgert sie auch?“ „Und wie! Bei jeder Gelegenheit wirft es mir Justine vor. Ob sich das schicke für einen alten Mann und Großvater und ehemaligen Bürgermeister, jeden Abend im Wirtshaus zu sitzen? Ob es keine Sünde wäre, das Geld so zu vertun? Zuletzt bin ich auch noch schuld daran, daß der Andres mehr und mehr zum Trinker wird. Ich gäbe ihm das Beispiel im Wirtshaus sitzen usw.“

Die Wirtin der „Sonne“, eine geschmeidige Bierzigerin, warf sich in die Brust.

„Na, so wegwerfend per „Wirtshaus“ brauchte die Brintnerin nicht zu werden. Ihr Mann geht freilich nur ins Wirtshaus, das nur für Bauern und Arbeiter gut ist. Aber

so ein Wirtshaus ist das Hotel zur „Sonne“ schon lange nicht mehr, seit wir die Dependence zugebaut haben und die feinsten Fremden bei uns absteigen! In ein gewöhnliches „Wirtshaus“ würde sich so ein Mann wie Du, Brintner, ja auch gar nicht setzen!“

„Freilich nicht. Auf meine Reputation habe ich immer etwas gehalten. Das ärgert sie ja auch, daß der Andres mir in diesem Punkt so wenig nachschlägt. Uebrigens ist's wohl nicht das allein, was sie an meinen Besuchen hier ärgert. Erstens hat sie eben überhaupt immer etwas zu nörgeln an mir und zweitens...“

„Bist ein armer Hascher, Brintner,“ fiel die Sonnenwirtin haltig ein, „wenn man denkt, was Du für ein Mann warst! Der reichste und angesehenste im ganzen Markt! Fünfzehn Jahre Bürgermeister! Und was Du alles gemacht hast in Kohlfreut! Die Anlagen, das Bad, die Eisenbahnstation, die Du für den Markt durchgesetzt hast, den Fremdenzufluß — alles verdanken wir Dir. Für jeden armen Schlucker hast Du Verdienst herbeigeschafft — und jetzt so drangaliert werden im eigenen Haus! Eine Schande und ein Jammer ist's!“

Der Mann, den sie beklagte, blickte finstern vor sich hin und strich gedankenvoll an seinem grauen Schnurrbart.

„Ja, ja. Ich hätte halt nicht übergeben sollen! Aber was will man machen? Der Andres hat heiraten wollen und sie — nur im eigenen Haus sitzen. So hatte ich eben nachzugeben. Ein Glück nur, daß ich mir wenigstens das Bargeld behielt. Wenn das nicht wäre, ich glaube sie brächten mich heute lieber um als morgen.“

„Brintner!!!“ „Ja — was denn? Meinst Du, denen lebe ich nicht schon längst zu lange?“

„Oh — so schlecht, glaube ich doch nicht, daß sie ist, die Justina!“

„Kannst es schon glauben. Ich spür's jeden Tag! Aber Du hast mich vorher unterbrochen Sonnenwirtin. Schau —“ er rechte seine kräftige Gestalt empor, und unter den buschigen grauen Brauen blühten die klugen Augen fast jugendlich. „Was

Du da geredet hast von meiner Bürgermeisterzeit, das hat mir wohl getan! Du meinst also doch, daß ich was geleistet habe im Leben?“

„Und viel auch noch! Alles was Du angepöckelt hast, hat Kopf und Fuß gehabt. Du hast es ordentlich verstanden, Brintner, das wissen wir alle!“

„Dann für die gute Meinung! Aber schau — trotz meiner sechzig Jahre, ich meine, ich bin noch nicht zu alt, um noch ein bißel was vor mich zu bringen — am richtigen Platz — neben dem richtigen Menschen! Und das spüren sie daheim! Darum ärgern sie sich, wenn ich bei Dir vorpreche, weil sie's ahnen, daß ich im Hotel zur Sonne vielleicht noch mehr suche als meinen Stammlatz und den Wein. Sonnenwirtin, — was meinst Du dazu? Verstehst Du mich?“

Die Sonnenwirtin schweigend und blickte unschlüssig an ihrem schwarzen Kleid hinab, über dem die weiße, zierliche Trägerbüchse lag.

Sie hatte diese Frage lange kommen sehen — im stillen sogar erwartet. Und nun zögerte sie doch mit der Antwort. Es war ja alles ganz gut gegangen während der drei Jahre ihrer Witwenschaft, wo sie mit ihrem Bruder Valentin den sie als Geschäftsführer bei sich angestellt hatte, die Hotelwirtschaft betrieb. Wagnistens war sie ihre eigene Herrin gewesen. Und eigentlich vermählte sie bisher keinen Mann neben sich. Dazu stand ihr ihr erster noch in zu leidigem Andenken. Neben dessen Trägheit war kein Aufkommen gewesen, und die „Sonne“ konnte den Sprung vom einfachen Landgasthof zum Hotel erst nach seinem Tode wagen. Freilich — Michael Brintner war ein ganz anderer Mann als der feige Peter Kreibitz. Klug, unternehmend und umfichtig wie sie selbst. Aber eben darum würde er wohl auch hier dann den Herrern spielen und den ersten Platz einnehmen wollen.

Während diese Gedanken Frau Berta Kreibitzs Hirn krenzten und die scharfen, klugen Augen des Mannes erwartungsvoll an ihren Zügen hingen, war von beiden unbemerkt, die Kellnerin Rosa eingetreten.

(Fortsetzung folgt.)

Die Sitzung begann erst eine halbe Stunde nach dem für ihren Beginn ange...

Die Sitzung brachte nach einigen weniger wichtigen Sachen einen Dringlichkeitsantrag...

Abg. Federowicz berichtete im Namen des Finanz- und Haushaltsausschusses...

Abg. Suligowski unterstützt den Antrag ebenfalls und schlägt im einzelnen einige Änderungen...

Den nächsten Punkt der Tagesordnung bildet der folgende Dringlichkeitsantrag...

„Unserer Fraktion hat in der 262. Sitzung einen Dringlichkeitsantrag vorgelegt...

Abg. Glabinski spricht sich für die Dringlichkeit des Antrags aus, erklärt jedoch...

Grotstes.

Unter der Überschrift „Verrat oder Wahn?“ schreibt der „Kurjer Pogn.“...

Wir der Sage und den Zukunftsaussichten der Analphabeten in Polen beschäftigt sich der „Kurjer Warszawski“...

Deutsches Reich.

„Aus dem württembergischen Landtag. Im württembergischen Landtag teilte die Regierung mit, daß die Reichsregierung...

Local- u. Provinzialzeitung.

Posen, 30. November.

Unser neuer Roman.

Wir beginnen heute mit dem Abdruck des Romans „Das Geheimnis vom Bräutnerhof“...

Die Enteignung des Johannenhauses beantragt!

Der Magistrat der Stadt Posen hat bei dem Wojewódzki Sad Administracyjny...

Eigenartiges Wetter.

Das ganze Jahr 1921 hat uns bisher ein von seinen Vorgängern abweichendes Wetter gebracht...

Gegen die Verarbeitung von Roggen zu Spirituszwecken.

Die diesjährige Kartoffelernte wird zweifellos den Verbrauch von Roggen erhöhen...

Mit Rücksicht darauf hat sich die Naczelna Organizacja Polskiego Przemyslu Spirytusowego...

Die Posener Zigarren-Industrie.

Aus den Kreisen der Posener Zigarrenindustrie wird uns geschrieben: Die Zigarrenindustrie...

Zigarrenpreise nicht den Umfang annehmen, den alle Zigarrenfabrikanten gern gewünscht hätten.

Die Zigarrenfabrikanten aus dem ehemals preussischen Teilgebiet hatten auf Grund des Friedensvertrages...

Wird die Zigarrenindustrie weiter so kümmerlich behandelt und unterliegt sie im eigenen Lande...

„Hausammlung für den evangelisch-lutherischen Hilfsverein.“ Der Herr Wojewode...

„Religiöse Vorträge.“ Der als glänzender Redner bekannte Pfarrer Vincent aus Breslau...

„Volkswissenschaftliche Vorträge.“ Herr Studienrat Annaebel hat seine Vorlesung...

„Der Gemeindebevollmächtigten-Vortrag.“ Der vom Landesverband der Frauenhilfe...

„Vieder- und Arieabend.“ Es wird darauf hingewiesen, daß am Mittwoch, dem 7. Dezember...

„Deutscher Theaterverein.“ Es ist nochmals darauf hingewiesen, daß die am Anregung...

„Einbruchsdiebstahl.“ Gestern früh gegen 6 Uhr morgens wurde aus dem Korridor...

„Wahlen 28. November.“ Bei den geizrigen Stadterordnungen wählten haben von 13 200 stimmberechtigten Wählern 8776...

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Unoffizielle Notierungen der Posener Getreidebörse vom 30. November 1921.

Table with 2 columns: Grain type and price. Includes items like Weizen, Roggen, Braugerste, Hafer, Weizenmehl, and Kartoffeln.

Posener Viehmarkt vom 30. November 1921.

Es wurden gezahlt für 50 Kilogramm Lebendgewicht. I. Rinder: A. Dänen I. Sorte 6500-7000 M. II. Sorte 6000-6500 M. III. Sorte 5500-6000 M.

Berliner Börserbericht vom 28. November

Table with 2 columns: Instrument and price. Includes items like Diskontokomm.-Anleihe, Berliner Maschinen-Fabrik, Schwartkopf, Hartmann, Düsseldorf, Aktien, Schantung Eisenbahn, Reuginea Comp.-Akt., R. Wolf, and 4% Pol. Pfandbriefe.

16. ordentliche Provinzialsynode.

Erster Tag.

epv. Posen, 29. November.

Die katholische Kirche leitet die Grundlagen der kirchlichen Verfassung und Verwaltung vom Papst und von den Bischöfen her, die evangelische Kirche von den Gemeinden und ihren Vertretern, den erwählten Synodalen.

Von dem bisherigen Präses der Synode Generallandschaftsdirektor v. Klitzing aus Dziembowo zusammengerufen, waren von den über 100 Synodalen 94 erschienen und dank der Gastfreundschaft der Pofener Gemeindeglieder durch Vermittlung der Inneren Mission zumeist in Gastquartieren untergebracht, so daß auch die Gemeinden der Stadt Posen in nähere Fühlung mit den auswärtigen Synodalen kommen, wobei auch hier daran erinnert sei, daß die Verhandlungen der Synode für Mitglieder der unierten evangelischen Kirche öffentlich sei.

Nach gemeinsamem Gesang und einem von den Synodalen Behr aus Pilehne im Anschluß an den 127. Psalm gesprochenen Gebet eröffnete der Präses v. Klitzing die Tagung der Synode mit einem Hinweis auf die Bedeutung der Synode nach außen und innen. Nach dem Befehl des summus episcopus seien dessen Rechte an die Gesamtheit der evangelischen Kirche, die durch die Synoden vertreten wird, zurückgefallen. Die auf diese Weise staatsfrei gewordene Kirche habe sich entsprechend den Bestimmungen der polnischen Staatsverfassung nach eigenen Gesetzen zu regieren und über das zukünftige Verhältnis zum Staat im Bege freier Vereinbarung mit diesem zu verständigen.

Die Kirche wolle alle Pflichten der staatlichen Kirchenhoheit gegenüber loyal erfüllen, fordere aber vom Staate die Anerkennung ihrer Rechte und Freiheiten. Nach einer dankbaren Erinnerung an den in den Ruhestand getretenen Konfistorialpräsidenten D. Balan begrüßte der Präses im Namen der Synode den in allen kirchlichen Kreisen hochverehrten Generalsuperintendenten D. Blau als warmherzigen und weitblickenden Führer der unierten evangelischen Kirche in Polen, die mit unbedingtem Vertrauen in allen Stürmen der Zeit zu ihrem verehrten Oberhirten stehe, und gedachte dankbar auch der übrigen Mitglieder des Konfistoriums, sowie der Geistlichen der Kirche, die erfreulicherweise dem allgemeinen Abwärtsdrange am wichtigsten nachgegeben habe, sondern im allgemeinen treu bei ihren Gemeinden ausharre.

Generalsuperintendent D. Blau betonte in seiner Erwidern die geschichtliche Bedeutung der Stunde und die Verantwortlichkeit der Synode für die Zukunft der Kirche vor Gott und den Menschen, auch vor dem Gesamtprotestantismus der Welt. Nur evangelische Glaubensüberficht und Glaubensmut können helfen gegenüber der Not und Anfechtung der Zeit. Nicht Kampf, sondern Frieden, auch unserer Umgebung gegenüber wollten wir — aber keinen falschen Frieden! Um so notwendiger sei in den eigenen Reihen der Geist der Eintracht und Brüderlichkeit. Dazu möge Gott den Geist heiligen Ernütes und brüderlicher Liebe schenken, die um der Gesamtheit willen auch zu Opfern bereit sei.

Nachdem für die übrigen Mitglieder des Konfistoriums Oberkonfistorialrat Kachner den Dank für die Worte des Vertrauens ausgesprochen und weitere freundliche Mitarbeit an den Aufgaben der Kirche zugesagt hatte, gedachte der Präses der verstorbenen Mitglieder der Synode, veranlaßte die Feststellung der erschienenen Synodalen, deren Verpflichtung durch die Ablegung des Gelübnisses, sowie die Neuwahl des Synodalvorstandes sowie von Ausschüssen für kirchliche Verfassungsfragen, für kirchliche Arbeit und für die Finanzangelegenheiten. Diesen Ausschüssen wurden die eingegangenen Anträge überwiesen, unter denen besonders die Anträge über die Konfirmationsordnung und die Frage des evangelischen Bischofstitels und -amtes zu erwähnen wären. Die Wiederwahl des bewährten Herrn v. Klitzing erfolgte einstimmig. In den Generalsuperintendenten Reinhard in Stettin (früher Danzig) als Präses der verfassunggebenden außerordentlichen Kirchenversammlung der gesamten evangelischen Landeskirche wurde folgendes Begrüßungsgramm gefandt:

Die zu ihrer 16. Tagung versammelte ordentliche Provinzialsynode der unierten evangelischen Kirche in Polen sendet der verfassunggebenden Kirchenversammlung im Bewußtsein bleibender Zusammengehörigkeit und völliger Einheit im Geiste mit

ihrer Mutterkirche herzliche Segenswünsche und das Gelübde unverbrüchlicher Treue.

Von dem Zentralvorstand der evangelischen Gustav-Adolf-Stiftung in Leipzig, dessen glaubensstarke Lebensarbeit die in der Zerstreung lebenden Evangelischen aller Länder Europas umfaßt, war der Synode ein warmer Segenswunsch zu gegangen.

Die nächste Vollziehung der Synode wurde auf Mittwoch nachmittag 5 Uhr anberaumt, wo bereits die ersten Ergebnisse der Ausschüßberatungen ausliegen werden.

Abends um 8 Uhr bereitete ein feierlicher Eröffnungsgottesdienst in der Kreuzkirche die Synodalen mit Pofener Gemeindegliedern. Den liturgischen Altardienst hielt der Direktor des Predigerseminars Pfarrer Lic. Schneider, die Predigt Superintendenturverwejer Engelbrecht aus Dirschau während Pfarrer Greulich für eine himmelsvolle musikalische Umrahmung Sorge trug, aus der namentlich das Adventslied von Karl Gerol für Bass und Cello, gesungen von Banddirektor Böhmner, dankbar hervorgehoben werden muß. Die Predigt forderte im Anschluß an Markus 9, 50 in warmen Worten zu rechtem Opfersinn, Glaubensmut und Friedensliebe auf. Nach dieser Einleitung und äußeren und inneren Vorbereitung hat nun die eigentliche Arbeit der Synode das Wort.

Briefkasten der Schriftleitung.

E. S. 1. Da Sie polnischer Staatsbürger deutscher Nationalität sind, unterliegt keine von Ihren Grundstücken der Liquidation. 2. Ob Sie vor oder nach dem Verkauf optieren, ist ganz gleichgültig; nur muß die Option bis zum 10. Januar 1922 erfolgt sein. 3. Artikel 91, Absatz 6 des Friedensvertrages lautet: Allen Personen, die von dem ... Optionsrecht Gebrauch machen, steht es frei, in den nächsten 12 Monaten ihren Wohnsitz in den Staat zu verlegen, für den sie optiert haben. Danach ist es also dem freien Ermessen des Betroffenen überlassen, ob er abwandern will oder nicht. Sie sind zur Abgabe von 50 v. H. aus dem Erlös des Grundstücks verpflichtet.

L. N. 500. 1. Ihr in Deutschland lebender Sohn hat Anspruch auf Rückzahlung des Geldes in deutscher Valuta. 2. Nein. 3. Nein. 4. Interes Crachten hat der Herr als Vertreter der Steuerbehörde zweifellos das Recht, auch in die Privatbücher Einsicht zu nehmen.

Hauptredaktion: Dr. Wilhelm Loeventhal. Verantwortlich: für Inhalt: Handel, Kunst und Wissenschaft: Dr. Wilhelm Loeventhal; für Lokal- und Provinzialredaktion: Rudolf Herbrechtsmeyer. Für den Anzeigenteil: R. Grunow u. n. Druck und Verlag der Pofener Anzeigendruckerei und Verlagsanstalt T. A. Antisch in Posen.

Emma Pubantz Wilhelm Lemke Verlobte Bischofsee, im November 1921 [4084]

Statt besonderer Anzeige. Am 25. November verschied an den Folgen eines Unfalls auf dem Sägewerk in Dziadowo (Pomm.) unser lieber jüngster Sohn und Bruder Otto Krenzke im blühenden Alter von 19 Jahren. Die Beerdigung fand am 28. November in Dziadowo statt. Beileidsbesuche dankend verbeten.

Getreide :: Sämereien Kartoffeln: Stroh: Wolle Dele :: Maschinen Zement :: Dachpappe Textilwaren Landwirtsch. Hauptgesellschaft T. z o. p. Poznań, ulica Wjazdowa 3. Telephon 4291.

5-6 Zimmer = Wohnung möbliert od. unmöbliert, i. Zentrum der Stadt zu mieten gesucht. Offert. unter Nr. 5904 an Wielkopolskiej Agencji Reklamy, Poznań, ulica Gwarna 19. Tel. 39-24; 39-25.

KOHLLEN zur sofortigen Lieferung in Mengen von 5 Zentnern an empfindl. billigt Dom Handlowy Edward Kepiński Tel. 3395. Poznań, ulica Pawła 12. Tel. 3395.

Wachtung. Wer sein Grundstück, Landwirtschaft usw. verkaufen will, sende sich Inventar- und Preisangabe an das Agenturbureau für An- u. Verkauf von Grundstücken. Regulierung nach Wunsch in Deutschland. [4083] M. Wyzkowski, Poznań, ulica Polwiejska 4, Hof links, portiere.

Fensterglas, Ornament-, Kathedrit zu bedeutend herabge. ekt. Preisen empfindl. Polskie Biuro Sprzedaży Skła t. z ogr. por. dawn. M. Fuss Poznań, Mała Garbary 7a, Telephon 2863. Geöffnet von 8 1/2 - 5 Uhr ohne Unterbrechung.

Ausgabestellen des „Pofener Tageblatts“ Innere Stadt: Ulica Wjazdowa (Am Berl. Tor) 8: Eugl. Vereinsbuchhdlg. Plac Św. Krzyski (Betriplatz) 3: Schubert. Ulica Strzelecka (Schützenstr.) 28: Bjozda. Waly Jagiello (Karmeliterwall) 2a: Baerwald. Rybaki (Fischerrei) 10: Wendland. Plac Sapieżyński (Sapiehplatz) 7: Baumgart. Św. Wojciech (St. Waltherstr.) 2: Czarny. Ulica Wodna (Wasserstr.) 5: Mantle. Ulica Wielka (Brette Straße) 28: Bloszcył. Wolnica (Bronter Platz) 4/5: Podolski. Stary Rynek (Alter Markt) 46: Goldenring. Ulica Wroniecka (Bronter Straße) 4: Bronlee. Ulica Mokra (Nasse Gasse) 1: Zoepfer. Ulica Żydowska (Michael Gasse) 11: Bergel. Ulica Flisacza (Schifferstr.) 17: Zendrusiat. Św. Marcin (St. Martinstr.) 33: Hoffmann. Św. Marcin (St. Martinstr.) 44: Gumnior. Ulica Sew. Mielżyńskiego (Biktoriastr.) 22: Wardzińska. Plac Nowomejski (Königsplatz) 9: Malachowski. Ulica Rycerska (Ritterstr.) 33: Orgacta. Ulica Działyński (Raumannstr.) 1: Gilewski. Ulica Działyński (Raumannstr.) 6/7: Szeląg. Aleje Marcinkowskiego (Wilhelmstr.) 6: Fr. W. Schulge. Ulica Wrocławska (Bretauer Str.) 4: Schieb. Ulica Wrocławska (Bretauer Str.) 13: Heinrich. Ulica Pocztowa (Friedrichstr.) 22: Reichelt. Chwaliszewo (Wallischei) 6: Brobänder. Chwaliszewo (Wallischei) 73: Boller. Ferzig: Ulica Granwaldzka (Aug.-Biktoriastr.) 25: Szynter. Ulica Forteczna (Festungsstr.) 41: Kaczor. Ulica Abrowskiego (Gr. Berl. Str.) 9/11: Długoszta. Ulica Kraszewskiego (Hedwigstr.) 9a: Baensch. Ulica Szamarzewskiego (Kais.-Wilh.-Str.) 24: Müller. Ulica Szamarzewskiego (Kais.-Wilh.-Str.) 8: Selzer.

Verein Deutscher Sänger. Sonntag, den 4. Dezember 1921, nachm. 5 Uhr: Volkstümliches Konzert im grossen Saale des Ev. Vereinshauses. Mitwirkende: Konzertsängerin Fräul. Erika Biging-Mann, Poznań (Sopran). Konzertmeister Herr Ehrenberg, Poznań (Violine). Musikalische Leitung: Liedermeister Herr Kroll. Programme, welche zum Eintritt berechtigen, zu 100,- und 60,- Mk. einschl. Steuer, sind von Mittwoch, den 30. d. Mts. in der Evang. Vereinsbuchhdlg., am Sonntag von 4 Uhr an der Saalkasse erhältlich. Gebrochdanung f. neu, prwm. zu verkaufen ul. Poznańska 24, I links.

Arbeitsmarkt Ein mit Schreibmaschine verrauter junger Mann bzw. Fräulein, als polnisch-deutsch. Dolmetscher geeignet, für 1. Jan. 1922 gesucht. Off. mit Lebenslauf u. Angabe der Gehaltsanpr. bei freier Stat. zu richten an Hauptverwaltung Gora, woje'a Czarn' om. Suche spätestens zum 1. Januar 1922 für meinen landwirtschaftlichen Haushalt mit Gehilfenbedürfnis eine ehrliche Wirtschafterin. Ber. Gehalt nach einbarung. Louis Busse, Wolkowice, Krs. Czarnków.

St. Lazarus: Ulica Szamarzewskiego (Kais.-Wilh.-Str.) 32: Gronel. Ulica Patrona Jackowskiego (Nollendorferstr.) 30: Adamczaj. Ulica Poznańska (Pofener Str.) 25: Thiel. Ulica Poznańska (Pofener Str.) 52: Gorna. Ulica Niegolowskich (Augustastr.) 7: Smigaj. Ulica Glogowska (Glogauer Str.) 78: Adamczewski. Ulica Glogowska (Glogauer Str.) 101: Sähle. Ulica Wyspiańskiego (Hardenbergstr.) 5: Blazejewicz. Ulica Sniadeckich (Federstr.) 1: Heilemann. Ulica Kanalowa (Kanalstr.) 4: Olejnik. Ulica Maleckiego (Bringenstr.) 24: Rosinski. Ulica Maleckiego (Bringenstr.) 25: Walczak. Ulica Maleckiego (Bringenstr.) 31: Pfeiffer. Ulica Matejki (Neue Gartenstr.) 11: Stajewski. Ulica Matejki (Neue Gartenstr.) 68: Ledworowski. Wilda: Ulica Popliński (Am Rosengarten) 5a: Cewicki. Wierzbiceice (Bitterstr.) 75: Freund. Wierzbiceice (Bitterstr.) 16: Szajcański. Ulica Św. Czesława (Capriplatz) 9: Conrad. Ulica Gen. Prądzyńskiego (Sneijenastr.) 47: Nagler. Ulica Gen. Prądzyńskiego (Sneijenastr.) 56: Tasiemski. Ulica Zupańskiego (Hohenloherstr.) 8a: Riedel. Gorna Wilda (Kronprinzstr.) 54: Andersj. Gorna Wilda (Kronprinzstr.) 94: Kühne. Gorna Wilda (Kronprinzstr.) 117: Bujzla. Ulica Przemysława (Margaretenstr.) 34: Nowinski. Ulica Przemysława (Margaretenstr.) 37: Nowicki. Ulica Rozana (Roienstr.) 5: Pieprznj. Der Bezugspreis für das „Pofener Tageblatt“ beträgt bei den Ausgabestellen für Dezember 260.- Mt. Bestellungen werden in allen vorstehenden Ausgabestellen entgegengenommen sowie in der Hauptgeschäftsstelle Poznań 133 Ul. Zwierzyniecka (Tiergartenstr.) 6. Geschäftsstelle des „Pofener Tageblatts“.

Stellenangebot Suche zum 1. Januar 1922 Stellung als Wirtschaftskleue. Ein Van wirtshof. 4085 Angebote unter J. A. 4085 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten. Dame aus besserer Familie sucht v. bald od. 1. 1. 1922 bei alleinleb., evgl., alt. Dame od. Herrn zur selbständ. Führung ein. Hauses in Stadt Buntab Stellung. Offert. u. A. E. 4025 a. d. Ge. d. d. Bl.

Tausch! Für Durchein ist bald eine Landwirtsch. v. 25 Hgr. gegen eine solche in Polen zu tauschen. Näh. d. Michalak, Poznań, Ja Grobia 2.

Verkauf u. Bekäufe Kaufe ich zu den höchsten Preisen sämtliche gew. Garderobe, Wäsche, Schuhe, Bücher usw. komme auch an. Offert. u. A. E. 4071 a. d. Ge. d. d. Bl. W. Schmidt, ulica Zamkowa 4, am Stary Rynek. 1 Wandspiegel, 2 Holzbestell., 1 Kleiderkasten, 1 Küchenschrank u. ein Hausgegenst. bei Piotra Wawrzyńska 171 (nur 10-4 Uhr).